

Dieser Beitrag wurde veröffentlicht in:
Stefan Böckenförde (Hrsg.), *Wohin steuert die deutsche Außenpolitik?*
Dresden: TUDPress (September) 2005

Konsolidierung statt machtpolitischer Resozialisierung: Kernelemente einer neuen deutschen Außenpolitik

Gunther Hellmann

I. Bestandsaufnahme

(1) Fünfzehn Jahre nach der Vereinigung steckt die deutsche Außenpolitik in einer der tiefsten Krisen der letzten Jahrzehnte. Diese Krise ergibt sich aus einer Verquickung selbst verschuldeter interner Fehlentwicklungen auf der einen Seite und (bestenfalls mittelbar beeinflussbarer) veränderter internationaler Rahmenbedingungen auf der anderen Seite. Sie äußert sich in einer sich weitenden Kluft zwischen wachsendem, strategisch aber ungeklärtem außenpolitischem Gestaltungsanspruch einerseits sowie einem widrigeren äußeren Umfeld und schrumpfenden Ressourcen im Innern andererseits. Keine dieser krisenhaften Entwicklungen ist über Nacht über Deutschland hereingebrochen.

Einiges davon ist seit längerem absehbar gewesen und politisch gewollt. Dazu gehören die unter dem Begriff der "Normalisierung" subsumierten Entwicklungen. Nirgends äußerten sie sich klarer als in dem Streben der Regierung Schröder nach einem ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat. Anderes hat sich über die Jahre hinweg zusammengebraut, dann aber überraschend und gewiss nicht immer erwünscht über Deutschland entladen. Dazu gehören die Kriege auf dem Balkan und die weitere Zuspitzung der internationalen Lage nach den Ereignissen des 11. September 2001, die im Bruch der deutsch-amerikanischen Beziehungen über den Krieg im Irak gipfelte. Diese internen und externen Veränderungen haben in Deutschland eine Entwicklung befördert, die ich unter dem Begriff der *machtpolitischen Resozialisierung* deutscher Außenpolitik an anderem Ort ausführlicher beschrieben habe.

(2) Wenn man den Beginn der machtpolitischen Resozialisierung deutscher Außenpolitik zurückverfolgen will, dann muss man in das Jahr der Vereinigung zurückgehen. Die Koinzidenz der deutschen Vereinigung und des Endes des Ost-West-Konflikts hatten Deutschlands Lage fundamental verändert. In gewisser Weise musste deutsche Außenpolitik schon allein deshalb völlig neu erfunden werden, weil ihr widerfuhr, was in

der Politik sehr selten geschieht: Sie hatte *alles* erreicht. “Einheit in Frieden und Freiheit” – jene alte Formel, in der die Ziele Bonner Außenpolitik zusammengefasst wurden, war mit der Vereinigung Deutschlands in allen drei Dimensionen gesichert.

Diese Lage zeitigte allerdings höchst widersprüchliche Folgen. Deutschland wurde einerseits größer, es war plötzlich von seinen früheren Verbündeten weit weniger abhängig, und es wurde zudem durch die Auflösung der Sowjetunion und des Warschauer Paktes auch erheblich sicherer – kurz: es schien (in traditionellen Kategorien gemessen) *mächtiger* geworden zu sein.

Andererseits begann mit der Vereinigung auch ein Prozess, der Deutschland in doppelter Hinsicht schwächte: der Aufbau Ost verschlang Jahr um Jahr hunderte Milliarden D-Mark, ohne dass sich jene Erfolge einstellten, die die politische Klasse versprochen hatte. Zweitens wurde Deutschland – gerade weil die “deutsche Frage” friedlich und im Konsens aller Betroffenen endgültig beantwortet werden konnte – aus dem Zentrum der Weltpolitik in eine Randlage abgedrängt. Nichts schien forthin absurder als das, was bis weit in die 1980er Jahre immer der Ernstfall war: ein neuer, diesmal womöglich nuklearer Weltkrieg an der Schnittstelle zwischen Ost und West.

Kurzum, Deutschland fand sich in einer paradoxen Ausgangslage wieder: Versöhnt mit allen seinen Nachbarn und mächtiger als jemals zuvor, zugleich aber auch weltpolitisch marginalisierter und ökonomisch geschwächt.

(3) Fünfzehn Jahre nach der Vereinigung ist unübersehbar, dass es die politische Klasse nur eingeschränkt verstanden hat, die neuen Chancen zu nutzen und die neuen Risiken zu entschärfen. Auf der “Haben”-Seite ist zu verbuchen, dass die beiden wichtigsten Veränderungen – die Erweiterung von EU und NATO – im Kern deutsche Projekte waren. Ihre Verwirklichung (zu der alle Bundesregierungen seit der Vereinigung beigetragen haben) zählt zweifelsohne zu den größten Erfolgen deutscher Außenpolitik.

Aber auch in diesen Erfolgen lag bereits der Keim neuer Probleme, verdeutlichte doch gerade der Erfolg von EU- und NATO-Erweiterung, wie marginalisiert Deutschland in mancher Hinsicht bereits war. Die neuen Mitgliedstaaten strotzen vor Selbstbewusstsein. Ihr sozio-ökonomischer Aufstieg erfuhr durch die Mitgliedschaft in der EU, ihre Sicherheit durch die Mitgliedschaft in der NATO einen beträchtlichen Schub. Beides relativierte zugleich das Gewicht Deutschlands in beiden Institutionen. Durch die Reformverschleppung im Innern verlor das “Modell Deutschland” das, was es noch an Rest-Prestige bei den Neu-Mitgliedern vorzuweisen hatte. Und durch die Achsenbildung mit Paris und Moskau im Vorfeld des Irak-Krieges unterminierte die Berliner Regierung ihre Rolle als europäisches Brückenlager der transatlantischen Beziehungen wie auch als transatlantisches Korrektiv überbordernder französischer Großmachtambitionen.

(4) Die Folgen, die die Erweiterung von EU und NATO einerseits und der Bruch mit den USA im Zuge des Irak-Krieges andererseits für die deutsche Außenpolitik hatten, waren

wohl nicht in jeder Hinsicht absehbar oder gar intendiert. Der Schaden allerdings, den die Regierung Schröder der deutschen Außenpolitik durch ihr ungestümes Streben nach einem ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat zufügt, ist sehenden Auges in Kauf genommen worden.

Nirgends äußert sich klarer als hier, dass die machtpolitische Resozialisierung deutscher Außenpolitik hausgemacht ist. Nirgends auch kommt klarer zum Ausdruck, auf welchen kurzen Nenner sich die gegenwärtige Lage bringen lässt: Die innere Misere und die zusehends wachsenden Reputations- und Einflussverluste Deutschlands unter seinen europäischen Partnern einerseits und der neue Berliner Unilateralismus (Stichwort "ständiger Sitz") andererseits unterstreichen unmissverständlich, dass Deutschland einen gefährlichen Weg eingeschlagen hat, der bereits in ersten Ansätzen an dunkle alten Zeiten erinnert: *Das Deutschland, das die rot-grüne Regierung der Welt hinterlässt, ist eine absteigende Macht mit wachsenden Ambitionen.*

(5) Wenn diese Beschreibung auch nur in Teilen zutreffend ist, dann werden in den kommenden Jahren nicht nur die Partner Deutschlands, sondern auch die Deutschen selbst die Folgen dieser Fehlentwicklungen zu spüren bekommen – *falls* der Kurs nicht rechtzeitig korrigiert wird. Vor dieser Aufgabe steht die neue Bundesregierung – egal aus welchen Parteien sie gebildet wird. Von zentraler Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die Rückbesinnung auf eine seriöse Fundierung deutscher Außenpolitik. Die Kluft zwischen deutschem Gestaltungsanspruch einerseits und deutscher Gestaltungsfähigkeit andererseits, die in den letzten Jahren ein bedrohliches Ausmaß erreicht hat, muss geschlossen werden. Dies ist prinzipiell auf zwei Wegen denkbar: Zum einen dadurch, dass die ambitionierten Ansprüche den deutlich eingeschränkteren ökonomischen und politischen Fähigkeiten angepasst und entsprechend reduziert werden, oder dadurch, dass diese Fähigkeiten ausgebaut werden.

(6) Ein zentrales und besorgniserregendes Kennzeichen der gegenwärtigen Krise deutscher Außenpolitik besteht nun darin, dass in den meisten Vorschlägen nahezu ausschließlich die zweite Variante ins Auge gefasst wird, um die Glaubwürdigkeitskrise zu überwinden. Besorgniserregend ist dies aus zwei Gründen:

(a) zum einen, weil die überambitionierten Ziele deutscher Außenpolitik als solche gar nicht mehr in Frage gestellt werden;

(b) zum anderen, weil die zumeist empfohlenen Strategien zum Ausbau der ökonomischen und politischen Ressourcen notgedrungen den in seinen kontraproduktiven Folgen bereits erkennbaren Prozess der machtpolitischen Resozialisierung weiter verstärken müssen.

Zwei Überlegungen legen dieses Szenario nahe: Zum einen verfügt Deutschland angesichts seiner sozio-ökonomischen Krise im Innern schon lange nicht mehr über jene ökonomischen Ressourcen, mit denen es in bundesrepublikanischen Blütezeiten noch

gelang, deutsche Zielvorstellungen eher unwilligen Kooperationspartners politisch schmackhaft zu machen. Die Mobilisierung ökonomischer Ressourcen wird sich daher in realistischer Anerkennung der begrenzten innerstaatlichen Ressourcen immer mehr nach außen kehren. Das über alle Parteigrenzen hinweg beobachtbare Ansinnen, die "Nettozahler"-Belastungen in der EU zu reduzieren und auch sonst bisherige supranationale bzw. multilaterale Redistributionsmechanismen mit Blick auf innerstaatliche Klientelgruppen zu renationalisieren, könnte daher in den nächsten Jahren wohl mit (noch) größerer Härte verfolgt werden – unabhängig davon, wie die Wahlen ausgehen. Weitere Reduktionen in deutschen Beiträgen zu anderen internationalen Institutionen sind ebenso wahrscheinlich (und von der Sache her durchaus auch nachvollziehbar). Zweitens dürfte das Streben nach einem Ausbau der politischen Fähigkeiten u. a. darauf hinauslaufen, dass deutsche Außenpolitik zunehmend solche Arrangements in der internationalen Politik bevorzugt, in denen der nationalstaatliche Einfluss auf Kosten genuin multilateraler Entscheidungsregeln ausgebaut wird. Dies ist nicht nur in der Politik der Regierung Schröder in den Vereinten Nationen, sondern auch im Zusammenhang mit den Debatten um den EU-Verfassungsvertrag sichtbar geworden.

Beides – die nach außen gewendete Ressourcenmobilisierung wie auch die Maximierung nationalstaatlicher Einflussmöglichkeiten – würde den Prozess der machtpolitischen Resozialisierung weiter beschleunigen.

(7) Man kann nun diese Analyse teilen, ohne die hier nahegelegte Schlussfolgerung zu akzeptieren, dass statt einer Beschleunigung der machtpolitischen Resozialisierung eher eine Reduzierung der Ambitionen angezeigt sei. Implizit argumentieren die Befürworter "moderner Großmachtpolitik" zumeist auch so, dass das, was sich Franzosen und Briten in Europa wie auch dem Rest der Welt herausnehmen, den Deutschen ebenfalls zustehe. Das beginnt beim UN-Sicherheitsrat, endet hier aber bei weitem noch nicht. Frankreich und Großbritannien sind insofern während der Regierungszeit Gerhard Schröders zu den neuen "role models" deutscher Außenpolitik geworden. Deutsche Außenpolitik ist sowohl "französischer" wie auch "britischer" geworden: "französischer" in dem Sinne, dass eine stärkere Unabhängigkeit und Eigenständigkeit Europas (ja vielleicht sogar: eine "weiche Gegenmachtbildung") gegenüber den USA zu einem neuen Kennzeichen deutscher (zumindest: rot-grüner) Außenpolitik geworden ist; "britischer" insofern, dass in der EU nun auch Deutschland "sein Geld zurück haben" will.

(8) Ist es problematisch, dass deutsche Außenpolitik zugleich "britischer" und "französischer" wird?

Die Optimisten unter den Anhängern einer machtpolitischen Resozialisierung argumentieren, dass die Folgen harmlos seien. Deutschland sei eine gefestigte Demokratie und die Europäische Union – trotz aller gegenwärtiger Probleme – eine gefestigte Sicherheitsgemeinschaft. Auch wenn das Klima in der EU rauer würde, wären die Folgen

nicht schlimmer als etwa unter den Bedingungen anhaltender Verteilungskämpfe im deutschen Föderalismus.

Die Skeptiker (zu denen ich selbst zähle) teilen diesen Optimismus nicht. Für sie ist die Einschätzung entscheidend, dass die Strategie der machtpolitischen Resozialisierung weder zwingend noch harmlos ist: Sie ist nicht zwingend, weil mit der Begrenzung außenpolitischer Ambitionen eine überzeugende Alternative zur Verfügung steht, und sie ist schon alleine deshalb nicht harmlos, weil das Gefüge der EU weit zerbrechlicher ist als der deutsche Föderalismus. Zudem zeigt auch ein Blick in die Geschichte, dass ein systematischer Rekurs auf machtpolitische Durchsetzungsstrategien selten mit außenpolitischen Erfolgen Deutschlands (geschweige denn europäischen Blütephasen) verknüpft war.

(9) Kann sich eine wieder erstandene “große Macht in Europa” (Gerhard Schröder) wie Deutschland dagegen entscheiden, (wieder) eine “Großmacht” (oder auch “Mittelmacht”) wie Frankreich oder Großbritannien zu werden? Anders formuliert: Kann sich deutsche Außenpolitik den (vermeintlichen) Zwängen und (unübersehbaren) Versuchungen einer machtpolitischen Resozialisierung widersetzen? Die Antwort ist ein klares “Ja”! Ausgangspunkt jeglicher “großer Strategie” deutscher Außenpolitik muss das Grundgesetz und dort insbesondere die Präambel sein. Dort heißt es unmissverständlich, dass das deutsche Volk “von dem Willen beseelt” sei, “als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen”.

Eine vierfache normative Vorgabe der deutschen Verfassung ist also klar ersichtlich: Erstens ist das vorrangige Handlungsfeld deutscher Außenpolitik “Europa”. Zweitens soll deutsche Außenpolitik auf ein “vereintes” Europa hinarbeiten, in dem es, drittens, weder Vorrechte anstreben noch einen minderen Status akzeptieren soll. In diesem vereinten Europa “gleichberechtigter Glieder” soll Deutschland schließlich, viertens, “dem Frieden der Welt dienen”.

In der alten Bonner Republik wurden diese Vorgaben in vier handlungsleitende Maxime übersetzt:

- (a) den Auf- und Ausbau supranationaler integrierter Herrschaftsstrukturen, die “Europa” ein bislang nicht gekanntes Ausmaß an Frieden und Wohlstand bescherten;
- (b) die Orientierung an einem genuinen Multilateralismus als friedensstiftender Maßnahme weit über den europäischen Kontext hinaus;
- (c) eine “Kultur der Zurückhaltung”, die nicht nur in militärischen Instrumenten bestenfalls eine *ultima ratio*, sondern ganz allgemein den primären Platz deutscher Diplomatie *hinter* den Kulissen der prestigeträchtigen “Weltbühne” sah, auf der die Großmächte ihre (nicht immer ganz harmonischen) “Konzerte” präsentierten;
- (d) die Überzeugung, dass es möglich sei, konkurrierende Ziele gleichzeitig zu verfolgen – die sogenannte Politik des “Sowohl-als-auch” – symbolisiert am besten durch die zentrale

Maxime, trotz aller innerer Spannungen gute Beziehungen sowohl mit Frankreich wie auch den USA zu pflegen.

(10) Keine einzige dieser Maxime ist überholt, im Gegenteil: sie sind unter den neuen Rahmenbedingungen europäischer wie auch internationaler Politik vielleicht sogar angemessener und erfolgversprechender als zuvor. Gewiss, die Präambel des Grundgesetzes ist interpretationsfähig und interpretationsbedürftig. Sie lässt aber nicht beliebig viele Interpretationen zu. Über die Frage, wie ein "vereintes Europa" befördert werden kann oder was "dem Frieden in der Welt dient", lässt sich sicherlich streiten. Nicht jede Politik wird sich allerdings mit diesen normativen Vorgaben vereinbaren lassen. Das gilt ganz offensichtlich für das gegenwärtige Streben der Bundesregierung nach einem ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat, das (falls es wider Erwarten doch von Erfolg gekrönt sein sollte) nicht nur eindeutig zu Vorrechten gegenüber den meisten anderen EU-Partnern (wie etwa Italien) führen, sondern auch das Gebot einer (in der Forderung nach einem "vereinten Europa" enthaltenen) "Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik" der EU unterminieren würde.

Eine Politik, die Buchstaben und Geist der Präambel des Grundgesetzes verpflichtet ist, kann also unterschiedlich ausfallen. Praktiken, die traditioneller oder "moderner" Großmachtspolitik entsprechen, lassen sich mit dieser Vorgabe im Regelfall aber wohl kaum vereinbaren. Die Rückbesinnung auf eine seriöse Fundierung deutscher Außenpolitik erfordert, dass nicht die Fähigkeiten an die Ambitionen angepasst werden, sondern die Ambitionen mit den normativen Vorgaben des Grundgesetzes versöhnt und auf die verfügbaren Ressourcen abgestimmt werden. Eine *Strategie der Konsolidierung* deutscher wie auch europäischer Erfolge wäre vor diesem Hintergrund die angemessene Politik. (Dass die deutsche und die europäische Politik zahlreiche Erfolge vorzuweisen haben, wird häufig übersehen bzw. nicht hinreichend gewürdigt.)

II. Empfehlungen

(1) Drei Grundsätze sollten bei einer solchen Strategie der Konsolidierung handlungsleitend sein:

(a) Als übergeordneter, noch vergleichsweise allgemein gehaltener Grundsatz stünde die Einsicht im Zentrum, dass *das überragende "nationale" Interesse Deutschlands darin besteht, die spannungsreichen "nationalen" Interessen auszugleichen, die sich in den wichtigsten Kooperationsnetzwerken äußern, in denen deutsche Außenpolitik operiert.*

(b) Ergänzt werden müsste diese Handlungsmaxime durch den Zusatz, dass Deutschland diese ausgleichende und vermittelnde Rolle aufgrund seiner eigenen prekären Ressourcenbasis bis auf weiteres nicht mehr wie früher durch materielle Anreize anreichern kann. Gewiss, Deutschland sollte zu seinen Zusagen stehen und sich im Rahmen seiner Möglichkeiten weiterhin an (im breitesten Sinne, d. h. die klassische

Entwicklungspolitik einschließenden Sinne: “friedensstiftenden”) multilateralen Engagements beteiligen. Da diese Möglichkeiten heute allerdings weit eingeschränkter sind als noch vor zehn oder zwanzig Jahren, müssen profilierte internationale Engagements zukünftig sorgfältiger ausgewählt werden.

(c) Als einfache Daumenregel kann dabei gelten, dass die materiellen Aufwendungen umso geringer ausfallen können, je weniger Deutschland sich in den Vordergrund spielt und je mehr Partner es in gemeinsame Projekte einbindet. Mehr noch, nach den eingespielten Praktiken der internationalen Politik ist die alte Bonner Tugend der “Kultur der Zurückhaltung” eine zentrale Erfolgsbedingung für beides: Deutschland wird nicht nur umso geringere materielle Aufwendungen aufbringen müssen, sondern auch umso mehr Partner für gemeinsame Projekte gewinnen, je weniger es sich in den Vordergrund spielt. Eine auf Ausgleich und Vermittlung bedachte Grundausrichtung deutscher Außenpolitik muss daher vor allem der Versuchung widerstehen, eine prestigegetriebene und statusorientierte Politik zu verfolgen, wie sie von der Regierung Schröder etwa im Blick auf einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat oder im Blick auf Vorrechte innerhalb der EU während der Konferenz von Nizza betrieben wurde.

(2) Eine auf Ausgleich und Vermittlung bedachte Grundausrichtung deutscher Außenpolitik wäre nicht nur eine angemessene Übersetzung des Verfassungsauftrages, sondern auch eine geeignete Herangehensweise an eine Vielzahl sich aktuell bündelnder Probleme. Zu diesen Problemen zählt vor allem, dass die beiden traditionell wichtigsten Kooperationsnetzwerke deutscher Außenpolitik, die EU und die transatlantische Kooperationsgemeinschaft, in den letzten Jahren in ein ähnlich schweres Fahrwasser geraten sind wie die deutsche Außenpolitik selbst. Für beide Kooperationsnetzwerke gibt es weiterhin zwei privilegierte Partner: Frankreich (in Bezug auf die EU) und die USA (in Bezug auf die NATO). Beide sind allerdings aus unterschiedlichen Gründen auch schwierigere Partner geworden.

(3) Die USA bleiben zukünftig schon deshalb ein zentraler Dreh- und Angelpunkt deutscher Außenpolitik, weil die weltpolitische Rolle der USA, die nach wie vor weit nach Europa hineinreicht, auf absehbare Zeit dominant bleiben wird. Umgekehrt gilt dasselbe allerdings nicht: Europa (und Deutschland) sind für die USA heute merklich unwichtiger als noch vor fünfzehn oder fünfzig Jahren. Dies wird nicht ohne Folgen bleiben für das, was deutsche (bzw. europäische) Politik in Washington erreichen kann.

Da darüber hinaus auch die Kooperation mit Frankreich unabdingbar bleiben wird (gegenwärtig ist das am offensichtlichsten im Blick auf die Lösung der Krise der Europäischen Union), stellt sich die Grundkonstellation deutscher Außenpolitik in der “Berliner Republik” im Vergleich zur “Bonner Republik” weit weniger dramatisch verändert dar, als es auf den ersten Blick erscheinen mag: Hauptziel deutscher Außenpolitik sollte es nach wie vor sein, Situationen zu vermeiden, in denen man sich

zwischen Paris (EU) oder Washington (NATO) im Sinne eines “Entweder-oder” entscheiden muss.

Da sich nun aber sowohl die deutschen Gestaltungsmöglichkeiten wie auch der Gestaltungsanspruch gegenüber beiden Partnern in den letzten Jahren deutlich verändert haben, muss man diese Maxime den neuen Rahmenbedingungen anpassen. Sie könnte dann in etwa so lauten: Deutsche Außenpolitik muss ein herausragendes Interesse an möglichst guten französisch-amerikanischen Beziehungen haben. Da diese aufgrund der tief in der jeweiligen politischen Kultur verwurzelten Ambitionen beider Staaten allerdings so lange unter dem Bann der Machtkonkurrenz stehen werden, wie eine einigende gemeinsame Bedrohung nicht am Horizont erscheint (und der internationale Terrorismus stellt diese Bedrohung zumindest derzeit noch nicht dar), wird es für Deutschland umso wichtiger sein, gegenüber *beiden* eigenständige Akzente zu setzen, die *keiner* von ihnen völlig ignorieren kann. Da sich Deutschlands Abhängigkeit von beiden seit 1990 merklich verringert hat, kann es sich Berlin heute auch leisten, das frühere “Sowohl-als-auch” gelegentlich in ein *verbindliches* “Weder-noch” zu übersetzen.

Für Paris und Washington wird diese Maxime umso leichter verdaulich sein, je überzeugender diese als Ausdruck einer außenpolitischen Leitlinie kommuniziert wird, die zum einen von einem genuinen Ansinnen auf Vermittlung und Interessenausgleich ohne einseitige Vorteile zugunsten Deutschlands getragen ist und zum anderen dazu beiträgt, die Fundamente von NATO *und* EU unter den veränderten Bedingungen stabilisieren.

(4) Eine gewisse Privilegierung Frankreichs und der USA als herausragenden Partnern kann dabei nicht darüber hinwegtäuschen, dass unter den neuen Rahmenbedingungen europäischer wie auch transatlantischer und globaler Politik andere Staaten wichtiger geworden sind. Unter den größeren Staaten ist dies insbesondere der östliche Nachbar Polen, der aus unterschiedlichen Gründen nahezu denselben Rang als hervorgehobener Kooperationspartner haben sollte wie Frankreich. Das “Weimarer Dreieck” bietet sich als bereits institutionalisierter trilateraler Kooperationszusammenhang an und sollte gerade aus deutscher Sicht systematischer genutzt werden, denn ein nach außen koordiniert auftretender “Weimarer Kern” würde wichtige divergierende Grundströmungen in der EU auffangen und kanalisieren helfen. Frankreich und Polen stehen – als jeweils großes “altes” bzw. “neues” EU-Mitglied wie auch aufgrund traditioneller eher Amerika-kritischer bzw. Amerika-freundlicher Grundhaltungen – für zwei grundlegende Konfliktlinien innerhalb der EU. Wenn es gelänge, beide in konkreten Kooperationsvorhaben zusammenzuführen (hier und da vielleicht ergänzt durch andere sowohl größere wie auch kleinere EU-Partner), dann wären die Voraussetzungen für eine Stabilisierung von EU und NATO optimiert. Dazu kann und sollte Deutschland einen Beitrag leisten.

(5) EU und NATO bleiben die primären Handlungs- und Kooperationszusammenhänge deutscher Außenpolitik. Andere Regionen bzw. Staaten sind dem deutlich nachgeordnet.

Dies gilt auch für Russland, das zwar aufgrund seiner Größe und geographischen Nähe zur EU von großer Bedeutung ist, aufgrund seiner halbherzigen Demokratisierung, seiner unübersehbaren Großmachtambitionen und seiner mit der EU nur begrenzt vereinbaren ordnungspolitischen Vorstellungen in Räumen gemeinsamer geopolitischer Interessen aber auch ein schwieriger Partner bleiben wird. Aus allen diesen Gründen sollte die deutsche Russlandpolitik im Regelfall über den institutionalisierten Rahmen der GASP und nur in gut begründeten Ausnahmefällen bilateral organisiert werden.

Ähnliches gilt für andere – aufstrebende wie darben – Regionen der Welt. Der Beitrag, den ein “vereintes Europa” hier leisten kann, wird aufgrund der verfügbaren Ressourcen und Einflussmöglichkeiten sicherlich begrenzt bleiben, denn der relative Abstieg, der für Deutschland in Europa kennzeichnend ist, gilt umgekehrt auch für den gesamten EU-Raum im Vergleich zu den aufsteigenden Staaten und Regionen in Asien. Trotzdem kann hier in mancherlei Hinsicht analog als Prüffrage dienen, was das Grundgesetz zur Vorgabe für die deutsche Außenpolitik macht: Wenn ein “vereintes Europa” seine Bemühungen darauf ausrichtet, “dem Frieden der Welt zu dienen”, dann kann es nicht viel falsch machen.

Literaturhinweise:

Einige Kernargumente dieses Beitrags knüpfen an frühere Veröffentlichungen an:

(1) Hellmann, Gunther (2004a). “Wider die machtpolitische Resozialisierung der deutschen Außenpolitik: Ein Plädoyer für offensiven Idealismus,” in: WeltTrends, 12/42 (Frühjahr 2004), S. 79-88 (vgl. hierzu auch die in den nachfolgenden Heften daran anschließende “Debatte ,Großmächtiges Deutschland” sowie meine “Antwort an die Kritiker” unter dem Titel “Der neue Zwang zur großen Politik und die Wiederentdeckung besserer Welten: Eine Einladung zur Transformation der Auseinandersetzung über die machtpolitische Resozialisierung deutscher Außenpolitik”, in: WeltTrends, 13/47 (Sommer 2005), S. 117-125).

(2) Hellmann, Gunther (2004b). “Ex Occidente Lux...: Warum der deutsche Anspruch auf einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat schlecht begründet ist und wie Deutschland auf anderem Wege ,dauerhaft mehr Verantwortung übernehmen‘ kann,” in: Politische Vierteljahresschrift, 45/4 (Winter 2004), S. 479-493.

(3) Hellmann, Gunther, und Reinhard Wolf (2004). “Neuer Spielplan auf der Weltbühne. Deutschlands Auftritt muss abgesagt werden”, in: Internationale Politik 8/2004, S. 71-78.

Abschluss des Manuskripts: 31. Juli 2005